

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 289 (2016)

Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahreschronik

(1. MAI 2014 BIS 30. APRIL 2015)

Inland

Schweiz

9. Mai: Der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher tritt aus dem Nationalrat zurück und kündigt an, sich künftig mit voller Kraft gegen eine Annäherung der Schweiz an die EU einsetzen zu wollen.

18. Mai: Mit 53,4% Neinstimmen lehnt das Schweizer Volk die Beschaffung des schwedischen Gripen-Kampfjets ab. Ebenso verworfen wird die Mindestlohninitiative mit 76,3% Neinstimmen. Mit 63,5% Jastimmen angenommen wird dafür die Initiative, die Pädophilen verbietet, mit Kindern zu arbeiten.

1. Juli: Für getrennte oder geschiedene Eltern tritt generell das gemeinsame Kindersorgerecht in Kraft.

13. August: Gemäss der Schweizerischen Nationalbank gilt neu auch die Raiffeisen-Gruppe nach der UBS, der Credit Suisse und der Zürcher Kantonalbank als «too big to fail». Sie muss ein Notfallkonzept erarbeiten und ihr Eigenkapital erhöhen.

28. September: Das Schweizer Volk lehnt die Schaffung einer Einheitskrankenkasse mit 61,8% Neinstimmen und die Befreiung des Gastgewerbes von der Mehrwertsteuer mit 71,5% Neinstimmen ab.

14. Oktober: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf verpflichtet sich in Luxemburg, fünf von der EU kritisierte Tiefsteuerregimes der Kantone für Unternehmen abzuschaffen.

31. Oktober: Die Erziehungsdirektoren der Kantone einigen sich im Sprachenstreit darauf, dass Primarschüler auch künftig eine zweite Landessprache lernen müssen, nachdem Ostschweizer und Innerschweizer Kantone Französisch in der Grundschule abschaffen wollten. Bildungsminister Alain Berset hatte mit einem Machtwort gedroht.

27. November bis 5. Dezember: Monsterdebatte, in der sich der Nationalrat hinter die – allerdings verwässerte – Energiewende des Bundesrats stellt. Langfristig soll die Schweiz den Stromverbrauch senken, aus der Atomenergie



Der Gesamt Bundesrat (von links nach rechts): Didier Burkhalter, Johann N. Schneider-Ammann (Vizepräsident), Eveline Widmer-Schlumpf, Doris Leuthard, Ueli Maurer, Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, Alain Berset, Bundeskanzlerin Corina Casanova



Die Schweizerische Nationalbank gibt im Januar 2015 überraschend die Stützung des Mindestkurses des Schweizer Frankens auf. (Foto: Walter Pfäffli)

aussteigen und erneuerbare Energien fördern, etwa durch einen Preisaufschlag für Strom aus Wasserkraft. Konterkariert wird die Energiewende von beispiellos tiefen Erdölpreisen.

30. November: Das Schweizer Stimmvolk lehnt drei Initiativen ab: Zu einer nationalen Abschaffung der Pauschalbesteuerung sagen 59,2% der Stimmenden Nein, die Aufstockung der Goldbestände der Nationalbank lehnen 77% ab, und 74,1% verwerfen die Ecopop-Initiative für eine verschärzte Zuwanderungsschränkung.

3. Dezember: Die Berner SP-Bundesträfin Simonetta Sommaruga wird von der Vereinigten Bundesversammlung mit 181 von 210 Stimmen zur Bundespräsidentin 2015 gewählt. Zum Stellvertreter und designierten Bundespräsidenten 2016 wird der Berner Johann Schneider-Ammann (FDP) bestimmt.

18. Dezember: Die Schweizerische Nationalbank SNB führt sogenannte Negativzinsen in Form einer Gebühr für grössere Bankguthaben bei ihr ein.

15. Januar: Ohne Vorwarnung beendet die Nationalbank die Stützung eines EU-Mindestkurses bei 1.20 Franken. Angesichts neuer Geldeinspeisungen der Europäischen Zentralbank sieht die SNB keine Möglichkeit mehr, den immer schwächeren Euro mit Devisenkäufen zu stützen. Der Entscheid löst eine ökonomische Schockreaktion aus, der Euro fällt zeitweise auf einen Kurs unter 1 Franken. Exportindustrie und Tourismus in der Schweiz befürchten Einbussen durch den verteuerten Franken, Pensionskassen verlieren Milliarden. Konsumenten profitieren beim Shopping in grenznahen Regionen.

Die Schweiz im Bann der Europafrage

Erst am 11. Februar 2015, ein Jahr nach der knappen Annahme der SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung, legt der Bundesrat dar, wie er sie umsetzen will: Mit einem Inländervorrang und Kontingenten für Bürger der Europäischen Union (EU), sofern diese mit sich über eine Einschränkung der Personenfreizügigkeit verhandeln lässt. Die SVP und Teile der Wirtschaft kritisieren ein «Einknicken» gegenüber der EU.

Die Migrationsfrage und das ungeklärte Verhältnis zur EU dominieren und lähmen die Schweizer Politik. Im Mai startet die Schweiz eine Verhandlungsoffensive mit der

EU. Ende Juli lehnt die EU Verhandlungen offiziell ab. Ein Charmebesuch von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga in Brüssel endet am 2. Februar ohne Ergebnis. Ende April stoppt die EU auch ihr Entgegenkommen für ein Stromabkommen mit der Schweiz.

Im Inland gehen die Ansichten über den europapolitischen Weg auseinander. Das klare Nein gegen die Ecopop-Zuwanderungsinitiative am 30. November scheint zu zeigen, dass der bilaterale Weg unbestritten ist. Dennoch treten Organisationen wie der im April gegründete, parteiübergreifende Verein «Vorteil Schweiz» für eine allfällige Europaabstimmung gegen die SVP an.

8. März: Historisches Rekordnein mit 92% der Stimmen gegen die Initiative «Energiestatt Mehrwertsteuer» der Grünliberalen Partei. Auch die CVP-Familieninitiative für eine Steuerbefreiung der Kinderzulagen scheitert beim Schweizer Stimmvolk mit 75,4% Neinstimmen.

Kanton Bern

18. Mai: Die Initiative «Mühleberg vom Netz», die eine vorzeitige Stilllegung des Atomkraftwerks fordert, wird mit 63,3% Neinstimmen vom Berner Volk abgelehnt. Die Betreiberin BKW wird das AKW im Jahr 2019 abstellen.

24. Juli: Heftige Unwetter im Emmental lösen Überschwemmungen und Murgänge aus. Am 28. Juli treffen erneut Unwetter Bumbach und Schangnau. Die Aufräumarbeiten dauern über Wochen an. Die Hochwasserrage bleibt im Kanton angespannt. Der nasse Sommer beeinträchtigt die Badesaison.

29. Juli: Geschäftsführerin Katrin Rieder verlässt das Schweizerische Freilichtmuseum Ballenberg bei Brienz offenbar unfreiwillig. Der Streit um Strategie und Personalführung unterliegt einer Schweigevereinbarung.

28. September: Das Tram Region Bern, das Köniz und Ostermundigen hätte verbinden sollen, endet an der Urne in einem Planungs-Scherbenhaufen. In der Stadt Bern wird das Projekt angenommen, in den Gemeinden Köniz und Ostermundigen aber abgelehnt.

14. November: Die Unternehmervereinigung Fokus Bern um Peter Stämpfli, Mitinhaber des Medienunternehmens Stämpfli, gibt bekannt, dass sie informelle Gesprächsrunden mit allen Kantonalberner Parteipräsidenten führt. Die Parteispitzen haben alle eine Absichtserklärung für die Zukunft des Kantons Bern unterzeichnet.

20. November: Das Tropenhaus Frutigen gibt ein Millionenfinanzloch bekannt. Coop will es nach einem Kapitalschnitt übernehmen und das Konzept überarbeiten.

24. November: Das Kunstmuseum Bern nimmt das Erbe des verstorbenen Kunstsammlers Cornelius Gurlitt an. In Berlin wird ein Vertrag mit dem Bundesland Bayern unterzeichnet. Die Risiken im Umgang der Sammlung, zu der von den Nationalsozialisten geraubte Kunst gehört, übernimmt Deutschland. Auch in Bern soll aber eine neue Stelle die Herkunft von Raubkunst klären.

5. Dezember: Einigung im Streit um das Konzertlokal Mühle Hunziken. Die Pensionskassen Coopera und Gepabu übernehmen die Mühle vom früheren Besitzer Peter Burkhardt und seiner Familie für 2,9 Millionen Franken. Bluesmusiker Philipp Fankhauser bleibt Betreiber. Am 26. Dezember stirbt Peter Burkhardt, bekannt als «Mühli-Pesche», 72-jährig an einem Herzinfarkt auf seinem Hof in Südfrankreich.

23. Januar: Das Coca-Cola-Abfüllwerk in Bolligen bei Bern verkündet die Schliessung. 90 Personen verlieren ihre Stelle.



Das Unwetter vom 24. Juli 2014 richtete in Schangnau grossen Schaden an. (Foto: BZ/Olaf Nörrenberg)

20. März: Überraschende und harte Urteile vor dem Berner Wirtschaftsstrafgericht gegen Walter Bosch und Bernhard Liechti, frühere Verwaltungsräte der Krankenkasse KPT, die sich privat bereichert haben sollen. Sie erhalten 36 Monate Freiheitsstrafe wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung.

Stadt Bern

1. Mai: Der Schweizerische Fussballverband nimmt Stellung zu den Ausschreitungen und Konfrontationen am Cupfinal 2013 rund um das Stade de Suisse und bei Fanmärschen. Der Verband beteiligt sich an den Sicherheitskosten, fühlt sich aber für künftige Austragungen des Cupfinals in Bern nicht mehr willkommen.

15. September: Alt Richter Lorenz Meyer rügt in seinem Bericht zur Vermietung vergünstigter städtischer Wohnungen die tiefen Tarife für solvente Mieter. Die Kontrolle in der Liegenschaftsverwaltung hat versagt.

27. November: Der Turm des Berner Münsters ist erstmals seit Langem und für die nähere Zukunft nicht mehr durch ein Baugerüst eingehüllt. Der Chor des Münsters wird umfassend renoviert.

14. Dezember: Im Westen Berns am Europaplatz wird das Haus der Religionen mit einem grossen Fest eröffnet.

WETTBEWERB

Berner Jura

Das ehemalige Prämonstratenserkloster Bellelay wurde 1142 erstmals schriftlich erwähnt und 1797 im Zuge der Französischen Revolution aufgehoben. Es diente anschliessend als Uhrenfabrik, Brauerei und Glashütte, bevor es der Kanton Bern 1891 erwarb und darin eine psychiatrische Klinik einrichtete, die bis heute besteht.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 101

15. Dezember: Die Spitalnetz Bern AG ist in roten Zahlen. Sie kündigt an, dass sie einen Neubau im Tiefenauareal anstrebt und dass sie das Zieglerhospital wohl schon 2015 aufhebt. Dort kündigen darauf reihenweise Ärzte.

21. Februar: Junge Hooligans greifen nachts die Polizeistation im Waisenhaus an, verletzen einen Polizisten und flüchten anschliessend in die Reitschule. Der Vorfall löst Empörung und eine Grundsatzdebatte über die Reitschule aus. Am 5. März wird eine vom Berner Gemeinderat bestellte Reitschulstudie des Basler Soziologieprofessors Ueli Mäder präsentiert. Sie empfiehlt die Verbesserung des Dialogs. Die Studie wird von bürgerlicher Seite kritisiert. Stadtpräsident Alexander Tschäppät übernimmt von Gemeinderat Reto Nause das Reitschuldossier.

8. April: Bern ist im Sommer bärenlos. Wegen Sanierungsarbeiten am Bärenpark und dem Bau des lange diskutierten Lifts für Behinderte ziehen die Berner Bären ins Ferienexil, in einen Tierpark im Waadtländer Jura.

Ende April: Die Marzilibahn nimmt nach sieben Monaten Zwangspause wieder ihren Betrieb auf. Probleme mit dem Untergrund haben die Sanierung verlängert und verteuert.

Andere Kantone

Zürich

14. Juni: In Zürich wird die Durchmesserlinie mit ihrem Tunnel nach Oerlikon und dem neuen unterirdischen Bahnhof im Zürcher Hauptbahnhof vorerst für die regionalen S-Bahnen in Betrieb genommen. Die neue Linie umgeht den Sackbahnhof.

9. Dezember: Mit dem Abgang von Chefredaktor Markus Spillmann beginnen Turbulenzen beim wirtschaftlich angeschlagenen Traditionsschrift Neue Zürcher Zeitung NZZ. Der Verwaltungsrat unter Präsident und Gale-nica-Chef Etienne Jornod will den national-konservativen Markus Somm als neuen NZZ-Chefredakteur berufen. Die NZZ-Redaktion legt sich quer, Somm kommt nicht, dafür der lang-

jährige NZZ-Mann Eric Gujer. Die Vorgänge widerspiegeln den innerbürglerlichen Richtungsstreit zwischen FDP und SVP.

1. Januar: Bei einem Familiendrama in der Zürcher Gemeinde Flaach erstickt die Frau eines inhaftierten Mannes ihre zwei Kinder, weil sie fürchtet, dass ihr die Kinder von den Erwachsenen- und Kinderschutzbehörden (Kesb) weggenommen werden. Der Fall löst eine landesweite Debatte über die neue Behörde aus.

26. Februar: Roger Köppel, Chefredaktor und Verleger der rechtsbürgerlichen «Weltwoche», meldet seine Kandidatur für den Nationalrat an. Dafür ist er der SVP beigetreten. Seine Doppelrolle als Journalist und Politiker ist umstritten.

Aargau

17. August: Die «Schweiz am Sonntag» berichtet über eine digitale Liebelei des Badener Stadtammanns und grünen Nationalrats Geri Müller. Die «Nacktselfie-Affäre» hat juristische Folgen und löst eine Debatte über Medienethik und Privatsphärenschutz aus. Anfang

September kehrt Müller nach einer Pause in sein Amt zurück, obwohl ihm die Badener Stadtregierung seine Dossiers entzogen hat.

Basel-Stadt und Basel-Land

28. September: An der Urne scheitert die Vereinigung der beiden Basler Halbkantone am Nein von Basel-Land.

Graubünden

25. April: Magdalena Martullo-Blocher, Chef der Ems-Chemie und Tochter von Christoph Blocher, kandidiert auf der Liste der Bündner SVP für den Nationalrat.

International

27. November: Die Opec, das Kartell erdölexportierender Länder, reduziert auf Druck Saudi-Arabiens die Erdölfördermenge nicht. Der Erdölpreis fällt weiter. Hinter dem Nullenentscheid steht die Absicht, die Investitionen der USA in die aufwendige Fracking-Methode unrentabel und die USA weiterhin von billigem Opec-Öl abhängig zu machen.

Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer

900 Flüchtlinge aus Afrika ertrinken auf dem Weg nach Europa, als am 19. April ihr schadhaftes und überfülltes Boot vor der Küste Libyens kentert. So viele Tote aufs Mal hat noch keine Havarie gefordert. Der Flüchtlingsstrom hat auf dem Mittelmeer gegenüber dem Vorjahr dramatisch um 43% zugenommen. Und die warme Sommersaison steht erst noch bevor.

Die Gründe dafür finden sich im Norden wie auch im Süden. Die instabile Lage im kriegsversehrten Nahen Osten oder in Afrika treibt Tausende in die Flucht. Nach dem Sturz Muammar al Gaddafis zerfällt Libyen in die

Machtgebiete von Milizen, die mit den international organisierten Schleuserbanden zusammenarbeiten und das Land zum Ausfallsstor für Flüchtlinge machen.

Die italienische Rettungsaktion «Mare nostrum», die 2014 über 100 000 Menschen gerettet hatte, wird mangels EU-Beiträgen eingestellt. Italien allein ist überfordert. Die EU steht unter moralischem Druck und kündigt auf einem Sondergipfel ab dem 23. April Sofortmassnahmen gegen die Schleuser und eine Erhöhung der Rettungsgelder an. Dort wird aber kontrovers debattiert, wo beim Flüchtlingselend anzusetzen sei und wie die Flüchtlinge auf die EU-Staaten zu verteilen seien.

Der Flüchtlingsstrom über das Mittelmeer hat dramatisch zugenommen.
(Foto: Italienische Küstenwache)



UNO

7. November: Der Weltklimarat IPCC präsentiert in Kopenhagen und am Tag darauf an der Universität Bern die Synthese des Weltklimaberichts. Demnach muss der CO₂-Ausstoss bis 2050 um 40 bis 70% zurückgehen, um gefährliche Folgen zu verhindern.

Europa

13. Mai: Der Europäische Gerichtshof heisst die Klage eines spanischen Bürgers gegen den Internetriesen Google gut und definiert damit ein Recht auf Vergessen. Google bietet darauf an, Einträge zu löschen.

1. Juni: Bei den Wahlen ins Europaparlament legen die EU-Gegner zu, insbesondere der Front National in Frankreich. Der frühere luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker wird Mitte Juli zum neuen EU-Kommissionspräsidenten gewählt.

22. Januar: Die Europäische Zentralbank EZB lockert ihre Geldpolitik weiter und übernimmt Staatsanleihen in der Höhe von 1140

Milliarden Euro. Das schwächt den Euro zum Schaden des starken Schweizer Frankens noch zusätzlich.

Deutschland

3. Juli: Der Bundestag führt erstmals einen flächendeckenden Mindestlohn ein. Die 8,50 Euro gelten ab 2015.

20. Oktober: In Dresden ruft das rechtsbürgerliche Protestbündnis «Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes» (Pegida) erstmals zu einer Montagsdemonstration auf. Montag für Montag schliessen sich mehr Leute der Pegida an. Im Januar marschieren in Dresden 25 000 Leute mit, auch in anderen Städten im Osten und Westen Deutschlands gibt es Pegida-Umzüge. Die etablierten grossen Parteien distanzieren sich. Bald gibt es Gegendemonstrationen. Am 21. Januar tritt der informelle Anführer Lutz Bachmann ab, nachdem auf seinem Facebook-Account sein Konterfei mit Hitlerbärtchen samt Ausländerbeschimpfungen publik wird. Die Pegida-Führung zerstreitet sich, die Kundgebungen dünnen sich aus.

Frankreich

7. Januar: Die Brüder Chérif und Said Kouachi töten bei einer islamistischen Terrorattacke auf die Redaktion der Satirezeitschrift «Charlie Hebdo» in Paris zwölf Redaktionsmitglieder, unter anderem als Rache auf die Mohammed-Karikaturen der Zeitschrift. Nach 48-stündiger Verfolgungsjagd werden die Kouachi-Brüder von der Polizei getötet. Parallel nimmt ihr Kumpan Amedy Coulibaly Geiseln in einem jüdischem Geschäft, bei dessen Erstürmung durch die Polizei sterben fünf weitere Menschen. Die Attentate lösen unter dem Motto «Je suis Charlie» nicht nur eine beispiellose Solidaritätswelle in Europa und der Welt aus, sondern auch eine Debatte über die Radikalisierung von jungen, perspektivenlosen Muslimen in Europa.

24. März: In den französischen Alpen oberhalb Nizza stürzt ein Airbus A 320 der Lufthansa-Tochterfirma Germanwings ab. Alle 150 Menschen an Bord sind tot. Die Auswertung des Voice Recorders ergibt, dass der 27-jährige Ko-Pilot sich im Cockpit einschloss und das Flugzeug willentlich in den Boden steuerte. Der Mann litt unter psychischen Problemen und war krankgeschrieben. Viele Fluggesellschaften führen nun die Regel ein, dass immer



Solidaritätskundgebung für die Redaktion von «Charlie Hebdo».

zwei Personen im Cockpit sein müssen. Eine Debatte entbrennt, ob für Ärzte erkrankter Piloten eine Meldepflicht gelten solle.

29. März: Bei den regionalen Departementswahlen erleiden die regierenden Sozialisten von François Hollande eine schwere Schlappe. Sie verlieren gut die Hälfte der von ihnen regierten Departemente. Grosse Siegerin noch vor dem leicht zurückgestuften Front national ist die bürgerliche UMP von Expräsident Nicolas Sarkozy, obwohl Anfang Juli 2014 gegen diesen wegen Korruptionsverdacht ermittelt worden war.

England

19. September: Nach Zugeständnissen der britischen Regierung lehnt Schottland an der Urne die Unabhängigkeit von Grossbritannien mit 55,3% Neinstimmen ab.

Italien

19. November: Italiens oberstes Gericht, der Kassationshof in Rom, hebt das Urteil im Asbestprozess gegen den Schweizer Milliardär und Industriellen Stephan Schmidheiny wegen Verjährung auf.

3. Februar: Der unabhängige sizilianische Politiker Sergio Mattarella (73) wird zum neuen italienischen Staatspräsidenten gewählt. Premierminister Matteo Renzi setzt Mattarella gegen den Willen Silvio Berlusconis durch, dessen Partei zerfällt und dessen Macht gebrochen ist.

Vatikan

24. Mai: Der schwungvolle und gleichzeitig konservative Papst Franziskus wartet auch auf seiner Nahostreise mit Überraschungen auf. Er trifft israelische und palästinensische Vertreter und mischt sich dezidiert in die Nahostpolitik ein. Im Oktober vermittelt er erfolgreich bei der Annäherung zwischen den USA und Kuba.

23. Dezember: In einer Brandrede liest Papst Franziskus der Kurie die Leviten und diagnostiziert vor den Kardinälen 15 Leiden der katholischen Kirche.

Griechenland

25. Januar: Bei den vorzeitigen Neuwahlen des griechischen Parlaments gewinnt das bisher oppositionelle linke Syriza-Bündnis. Neuer Premierminister ist Parteichef Alexis Tsipras, Finanzminister wird der coole, glatzköpfige Starökonom Yanis Varoufakis. Angetrieben durch die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen des EU-Schuldenregimes in ihrem Land, schlagen die beiden Spitzopolitiker auf ihrer Tour durch Europas Hauptstädte vorerst markige Töne an und kündigen an, Privatisierungen rückgängig zu machen. Vor allem Deutschland wehrt sich gegen die Forderung einer Schuldenerleichterung. Tsipras macht erste Rückzieher. Im März versucht er die EU-Finanzhilfe mit Entschädigungsforderungen Griechenlands für Nazi-Gewalttaten Deutschlands im Zweiten Weltkrieg zu verknüpfen.

Russland

27. Februar: Der Oppositionspolitiker und Putin-Kritiker Boris Nemzow wird in Moskau auf offener Strasse erschossen. Von zwei verdäch-

tig schnell verhafteten Tschetschenen widerruft einer sein Geständnis. Oppositionskreise vermuten, Putins Regime sei Auftraggeber des Mords. Das Klima in Russland ist für Putingegner eisig geworden.

Naher und Mittlerer Osten

Iran

3. April: In Lausanne gelingt nach Verhandlungen zwischen dem Iran und den fünf UNO-Vetomächten plus Deutschland eine Einigung auf Grundsätze für einen noch abzuschließenden Vertrag über das iranische Atomprogramm. Iran will internationale Kontrollen zulassen und soll dafür von westlichen Wirtschaftssanktionen befreit werden. In Teheran löst der Entscheid Straßenfeste und die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Besserung und Liberalisierung aus.

Israel

8. Juli: Die israelische Armee lanciert einen neuen Krieg gegen den palästinensischen Gaza-

Ukraine: Eskalation zum europäischen Konflikt

Im Mai bringen prorussische Rebellen in der Ostukraine Städte unter ihre Kontrolle. Am 11. Mai spalten sich in einer Abstimmung zwei Regionen ab. Erstmals seit dem Kalten Krieg wird in Europa eine Staatsgrenze verletzt. Am 25. Mai erhält das Krisenland mit dem reichen Schokoladefabrikanten Petro Poroschenko wieder einen rechtmässig gewählten Präsidenten. Er lanciert eine militärische Offensive in den abtrünnigen Ostprovinzen.

Der Konflikt internationalisiert sich. Die EU beschliesst gegen Russland Wirtschaftssanktionen. Die Nato rückt zur Beruhigung ihrer osteuropäischen Mitgliedstaaten zusammen. Am 17. Juli sterben beim Abschuss

der Malaysian Airlines-Boeing MH 17 über dem Konfliktgebiet alle 298 Passagiere. Mit grosser Wahrscheinlichkeit haben die Separatisten mit einem russischen Raketen system das Zivilflugzeug abgeschossen. Sie werden verdeckt von regulären russischen Truppen unterstützt. Auch die ukrainische Armee erhält Militärhilfe – vom Westen.

Russlands Präsident Wladimir Putin demonstriert eine Beteiligung am Konflikt. Unter dem Druck der EU-Sanktionen verzichtet er auf eine nationalistische Interessenpolitik. Am 12. Februar wird in Minsk unter der Regie von Putin, Angela Merkel und François Hollande ein Waffenstillstand zum Vorteil der Rebellen und Russlands beschlossen. Die Ukraine verliert die Kontrolle über ihrer Ostgrenze.

Der mörderische Zerfall des Mittleren Ostens

Fanatische Dschihadisten unterwandern die gemässigten Rebellen im syrischen Bürgerkrieg und formieren die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Erstmals erobern Terroristen ein Territorium. Anfang Juni marschieren die schwarz gekleideten, gut ausgerüsteten Kämpfer in der zweitgrössten irakischen Stadt Mosul ein. Anfang Juli rufen sie im Machtvakuum des Nahen Ostens ein Kalifat aus, das sich von Syrien bis vor die Tore von Iraks Hauptstadt Bagdad erstreckt.

Die IS-Kämpfer gehen mit unvorstellbarer Gewalt vor, in eroberten Dörfern vergewaltigen und töten sie systematisch. Am 19. August stellt der IS ein Video von der Enthauptung des entführten US-Fotografen James Foley ins Internet. Am 23. September begin-

nen die USA Luftangriffe gegen IS-Stellungen und unterstützen so kurdische Peshmerga-Kämpfer wie auch die schwache irakische Armee. Es ist eine Wende, aber noch lange nicht das Ende des IS.

Die Nachkriegsordnung nach dem Ersten Weltkrieg mit den künstlich geschaffenen Vielvölkerstaaten Irak und Syrien zerfällt. Sie weicht innermuslimischen Konfliktfronten, insbesondere zwischen Sunniten und Schiiten. Die USA geraten mit ihren Gegnern, dem syrischen Diktator Bashar al-Assad und Irans Mullahregime, in eine unfreiwillige Koalition gegen den IS. Der Krieg wirft Schockwellen zurück nach Europa: Junge Muslime aus Frankreich, Belgien, Deutschland, England und auch rund 50 aus der Schweiz schliessen sich dem IS an, einige kehren radikalisiert und gewaltbereit nach Europa zurück.

Streifen. Vorangegangen waren die Verschleppung und Tötung dreier israelischer Jugendlicher und eines jungen Palästinensers sowie Raketenabschüsse aus Gaza. Der neue Konflikt löst auf den Social-Media-Plattformen weltweit antisemitische Attacken aus. Mehrere Waffenruhen scheitern, die Zerstörungen in Gaza sind gross.

17. März: Der konservative Benjamin Netanyahu wird als Premierminister wiedergewählt. Er hat im Wahlkampf die Bedrohung Israels von aussen, insbesondere durch das iranische Atomprogramm, betont. Er steht in einem offenen Gegensatz zu US-Präsident Barack Obama. Im April reagiert er mit apokalyptischen Warnungen auf die Atomeinigung mit dem Iran.

Saudiarabien

9. Januar: Der Blogger Raif Badawi muss die ersten 50 von 1000 Peitschenhieben erleiden, zu denen er im tiefkonservativen Land wegen Beleidigung des Islams verurteilt worden ist. Aus aller Welt gibt es empörte Reaktionen.

Vorerst werden weitere Auspeitschungen aufgeschoben.

23. Januar: König Abdallah stirbt, sein 79-jähriger Halbbruder Salman übernimmt den Thron. Sein Land steht innen- und aussenpolitisch unter Druck: durch den Zerfall des Öpreises oder die Machtübernahme der schiitischen Huthi-Rebellen im südlichen Nachbarland Jemen im März. Das sunnitische Saudi-Arabien greift mit Luftangriffen in Jemen ein und erregt den Zorn der schiitischen Schutzmacht Iran.

Afrika

Ägypten

30. Mai: Der frühere Armeegeneral Abdelfatah Al Sisi wird mit 93% der Stimmen zum neuen Staatspräsidenten und starken Mann gewählt. Die Wahl hat einen Makel: Sie wurde auf drei Tage verlängert, weil die Stimmabtei-

ligung nur bei tiefen 45 Prozent lag. Die verfolgten und verbotenen Muslimbrüder hatten zum Boykott aufgerufen.

21. April: Der im Sommer 2013 abgesetzte Präsident Mohammed Mursi von den Muslimbrüdern, der nach dem arabischen Frühling der erste frei gewählte Präsident war, wird wegen Entführung und Folterung von Demonstranten zu 20 Jahren Haft verurteilt.

Tunesien

26. Oktober: Die säkulare Allianz Nida Tounes gewinnt die Parlamentswahlen gegen die Islamisten. Als einziges Land schafft Tunesien nach dem arabischen Frühling einen Schritt zur Demokratie. In der Stichwahl vom 21. Dezember wird der frühere säkulare Regierungschef Béji Caïd Essebsi (88) erster frei gewählter Staatspräsident des Landes.

18. März: Ein Terroranschlag des Islamischen Staats IS im Bardo-Museum in Tunis fordert 23 Tote, mehrheitlich Touristen, und erschüttert die Demokratisierung Tunesiens.

Nigeria

Anfang Januar: Die Islamistenmiliz Boko Haram tötet bei einem Grossangriff auf die nordnigerianische Stadt Baga 300 Leute und entführt erneut zahlreiche Mädchen. Seit 2009 wüten die Dschihadisten, die mit Waffen des früheren Gaddafi-Regimes kämpfen, im Norden Nigerias. 15 000 Tote hat der Konflikt schon gefordert. Die Armee und Präsident Goodluck Jonathan sind überfordert und untätig. Das grösste afrikanische Land, das mit seinem Erdöl gute Wachstumsperspektiven hätte, wird vom Terror im Norden und durch Korruption lahmgelegt. Ab Februar greifen kampferprobte Truppen der Nachbarstaaten Tschad, Niger und Kamerun die Miliz zusammen mit nigerianischen Truppen an. Die Dschihadisten überfallen aber weiterhin Dörfer.

31. März: Muhammadu Buhari (77), Muslim und geläuterter früherer Militärdiktator, wird zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Erstmals wird mit Goodluck Jonathan ein amtierender Präsident abgewählt. Dieser klammert sich nicht, wie andere afrikanische Staatschefs, an

Der tödlichste Ausbruch der Krankheit Ebola

Ende Mai sind im westafrikanischen Guinea schon über 100 Menschen am hoch ansteckenden Ebola-Virus gestorben. Es löst Fieber, innere Krämpfe und Erbrechen aus, in 90% der Fälle führt es zum Tod. Es ist nicht der erste Ebola-Ausbruch. Weil sich in Westafrikas Armenhäusern die Infrastruktur verbessert hat, verharrt die Krankheit aber nicht mehr im Hinterland, sie erreicht Städte und überschreitet Grenzen. Als Liberia Ende Juli schon 600 Ebola-Tote beklagt, schliesst es seine Grenzen. Anfang August erklärt die Weltgesundheitsorganisation WHO die Ebola-Epidemie zum internationalen Notfall.

Im September verhängen Liberia und Sierra Leone Ausgangssperren. Unter dem An-

sturm der Infizierten und durch den Tod von Pflegepersonal bricht ihr schwach ausgebautes Gesundheitswesen zusammen. Hunderte sterben ohne Pflege. Verspätet trifft internationale Hilfe ein, die Entwicklung von Impfstoffen beginnt erst jetzt. Die Betreuungsarbeit in Schutzanzügen ist eine Schwer- und Risikoarbeit. Infiziertes Gesundheitspersonal wird in die USA, nach Europa und auch in die Schweiz zurückgeflogen und in Isolationsstationen gepflegt. Heimkehrer aus Westafrika werden verschärft kontrolliert. Im neuen Jahr ist die Zahl der Neuinfektionen erstmals rückläufig. Bis Ende April sind über 10 000 Menschen an Ebola gestorben. Die WHO räumt im April schwere Fehler bei der Bekämpfung ein.



Die Betreuung der an Ebola Erkrankten ist eine riskante Schwerarbeit. (Foto: Christian Zeier)

die Macht, sondern gratuliert dem Sieger Buhari, dem die Nigerianer eher zutrauen, gegen die Korruption und den Terror von Boko Haram vorzugehen.

Asien

Indien

16. Mai: Historischer Machtwechsel in der grössten Demokratie der Welt. Narendra Modi, Populist der nationalistischen Hindu-Partei, wird nach dem Wahlsieg über die machtgewohnte Kongresspartei neuer Premierminister. Der Aufsteiger Modi hat als Nationalist und unternehmerfreundlicher Modernisierer zwei Gesichter.

Nepal

25. April: Ein schweres Erdbeben mit einer Magnitude von 7,8 erschüttert das Land am Himalaya. In der Hauptstadt Kathmandu liegen ganze Stadtviertel in Trümmern. Auf dem Land ist die Infrastruktur vielerorts zerstört, Dörfer sind unerreichbar. Am Mount Everest

löst das Beben eine Lawine aus, die auch Bergsteiger begräbt. Ende April sind schon über 3000 Tote zu beklagen.

China

4. Juni: Am 25. Jahrestag des Massakers auf dem Tiananmen-Platz gegen die Demokratiebewegung unterdrückt das offizielle China alle Erinnerungen in den Medien oder im Internet.

19. September: Der chinesische Onlinehändler Alibaba des Milliardärs Jack Ma legt an der New Yorker Wallstreet den besten Börsenstart aller Zeiten hin, mit einem Kurssprung um 36% am ersten Handelstag. Es ist ein Prestigeerfolg für Chinas Wirtschaft.

Ende September: In Hongkong formiert sich eine Demokratiebewegung, nachdem Chinas Entscheid, zur Wahl von Hongkongs Regierungschef ab 2017 nur handverlesene Kandidaten zuzulassen, Proteste ausgelöst hat. Die Regierung von Hongkong lässt Gespräche mit den Protestierenden platzen. Mitte Dezember räumt die Polizei das Protestcamp.

Nordkorea

19. November: Der UNO-Menschenrechtsausschuss beantragt trotz heftigen Protesten und Drohungen aus Nordkorea, die Führung um Diktator Kim Jong Un wegen brutaler Menschenrechtsverletzungen beim internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anzuklagen.

17. Dezember: Vor dem Kinostart des satirischen Films «The Interview» über eine Tötung Kim Jong-Uns erleidet der Filmkonzern Sony eine wohl von Nordkorea lancierte Cyberattacke. Sony startet den Film aus Angst vorerst nicht. Erst nach dem Einspruch von US-Präsident Obama kommt er in die Kinos.

Nord- und Südamerika

USA

5. November: Bei den Midterm-Wahlen in den US-Kongress verlieren Barack Obamas Demokraten auch noch im Senat die Mehrheit an die Republikaner. Diese legen zudem im Repräsentantenhaus zu. Obama muss in seinen verbleibenden zwei Präsidialjahren gegen die Parlamentsmehrheit anregieren. Er wirkt erstaunlich befreit und fordert die in sich zerstrittenen Republikaner mit Alleingängen heraus, so am 22. November, als er mit einem Dekret fünf von elf Millionen Papierlosen den Aufenthalt und die Arbeit in den USA erlaubt.

25. November: Im von Schwarzen bewohnten Vorort Ferguson bei St. Louis in Missouri brechen Unruhen aus, nachdem keine Anklage erhoben worden ist gegen den weissen Polizisten, der am 9. August den unbewaffneten jungen Schwarzen Michael Brown (18) unter schwer zu klärenden Umständen erschossen hat. Die Proteste greifen auf andere US-Städte über. Weitere Erschiessungen schwarzer Jugendlicher durch weisse Polizisten führen in den USA zu einer Rassismusdebatte.

10. Dezember: Auszüge des vernichtenden Berichts des Geheimdienstausschusses im US-Senat über die Folterpraktiken der USA in der

Ära von Präsident George W. Bush werden veröffentlicht. Die internationalen Reaktionen sind heftig, denn die Folterungen waren laut Bericht schlimmer als angenommen und wirkungslos.

17. Dezember: Nach 50 Jahren Funkstille kündigen die USA und das heruntergewirtschaftete Kuba an, diplomatische Beziehungen aufnehmen zu wollen. Zur Vereinbarung gehört auch ein Gefangenenaustausch. Am 12. April treffen sich Raul Castro und Barack Obama am Amerikagipfel in Panama.

Ende Dezember sinkt die US-Arbeitslosenquote erstmals unter 6%. Weil sich viele gar nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden, haben aber nur zwei von drei Amerikanern einen stabilen Job. Nach der Finanz- und Immobilienkrise wächst die US-Wirtschaft wieder stark und schafft ein eindrückliches Comeback.

Mexiko

27. September: In der Provinzstadt Iguala unweit von Acapulco gibt es heftige Proteste und Ausschreitungen vor dem Regionalparlament, nachdem 57 Studenten verschwunden sind. Anfang November werden die Leichen von 43 der vermissten Studenten in Massengräbern entdeckt. Ein Killerkommando der Drogenmafia hat sie im Auftrag lokaler Politiker ermordet. Nun gibt es auch in der Hauptstadt heftige Proteste gegen die Korruption und die Unterwanderung der Politik durch die Drogenmafia.

Argentinien

31. Juli: Argentinien muss zum zweiten Mal den Staatsbankrott anmelden, nachdem Umschuldungsverhandlungen mit US-Hedgefonds gescheitert sind.

19. Januar: Staatsanwalt Alberto Nisman wird in Buenos Aires erschossen in seiner Wohnung gefunden. Dies nur wenige Tage nach seinem Bericht und seinen Anschuldigungen an Staatspräsidentin Christina Kirchner, sie habe die iranischen Drahtzieher gegen das Attentat

auf ein jüdisches Gemeindezentrum in Buenos Aires 1994 gedeckt. Der mysteriöse Mord bleibt unaufgeklärt und löst Empörung im bankroten Land aus. Präsidentin Kirchner sieht sich unter Druck.

Sport

17. Mai: Der dominante FC Basel wird in der zweitletzten Runde der Fussball Super League vorzeitig Schweizer Meister. Es ist der fünfte Basler Meistertitel in Folge, was neuer Schweizer Rekord ist.

13. Juni bis 13. Juli: Fussball-Weltmeisterschaft in Brasilien. Im Eröffnungsspiel schlägt Gastgeber Brasilien Kroatien 3:1. Nach dem Ausfall seines Superstars Neymar stagniert der Rekordweltmeister aber und wird im Halbfinale von Deutschland 7:1 gedemütigt. Im feuchtheissen Klima Brasiliens gib es ein frühes Favoritensterben: Der amtierende Weltmeister

Spanien, Italien und England reisen schon nach der Gruppenphase nach Hause. Deutschland wird mit 1:0 in der Verlängerung gegen Argentinien zum vierten Mal Weltmeister. Die Schweiz startet zäh mit einem knappen 1:0 gegen Ecuador, wird beim 2:5 gegen Frankreich vorgeführt, schafft es aber mit einem beherzten 3:0 gegen Honduras ins Achtelfinale. Dort verliert sie knapp 0:1 gegen Argentinien. Es ist das letzte Spiel der Schweizer unter Nationaltrainer Ottmar Hitzfeld.

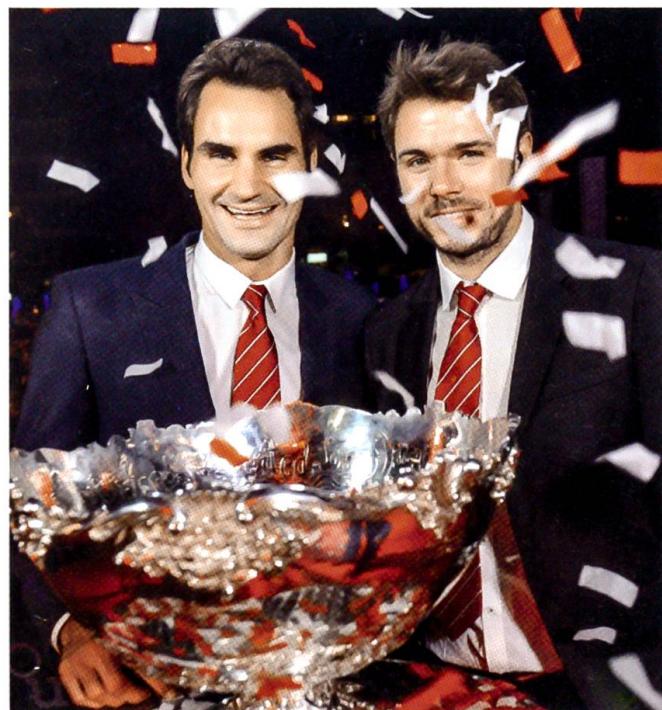
12.–17. August: Leichtathletik-Europameisterschaft im Zürcher Letzigrundstadion. Die Berner Sprinterin Mujinga Kambundji wird in neuer Schweizer Rekordzeit Vierte über 100 Meter und verbessert auch über 200 Meter den Schweizer Rekord. Kariem Hussein holt sensationell die Goldmedaille über 400 Meter Hürden. Der Marathonläufer Viktor Röthlin wird Fünfter, das Männer-Team mit Röthlin holt im Marathon Bronze.

14. November: Michael Garcia aus den USA, Chefermittler des Weltfussballverbands Fifa, erhebt Einspruch, weil der deutsche Fifa-Ethikrichter Hans Joachim Eckert entscheidet, die Vergabe der Fussball-Weltmeisterschaften 2018 und 2022 an Russland und Katar nicht zu korrigieren. Eckert missachtet so die Vorwürfe in Garcias geheimem Untersuchungsbericht vom 5. September über die Vergabe.

8. September: Die Schweizer Fussball-Nationalmannschaft verliert in Basel ihr erstes Spiel unter dem neuen Trainer Vladimir Petkovic 0:2 gegen England, zum Auftakt der Qualifikation für die Fussball-Europameisterschaft.

15. November: Die Fussball-Nationalmannschaft holt mit einem 4:0 gegen Litauen den ersten Sieg unter Petkovic.

16. November: Dramatisches Halbfinale an den ATP World Tour Finals, der Tennis-WM, in London. Roger Federer schlägt in extremis Stan Wawrinka, muss aber wegen Rückenproblemen für das Finale Forfait erklären. Federer



Roger Federer und Stan Wawrinka gewinnen den Davis Cup. (Foto: Keystone)

hat eine fantastische zweite Saisonhälfte gespielt, Wawrinka hat nach einem Auf und Ab wieder Tritt gefasst. Das harte Halbfinale hat aber die Stimmung zwischen den beiden Schweizer Stars beeinträchtigt.

21.–23. November: Das Wunder von Lille. Trotz Federers Rückenschmerzen und vorerst schlechter Stimmung gewinnen Federer und Wawrinka erstmals den Davis-Cup für die Schweiz. Sie schlagen Frankreich mit zwei Einzelsiegen und dem Sieg im Doppel mit 3:1.

2.–15. Februar: Alpine Ski-WM in Vail/Beaver Creek USA. Durchzogene Bilanz des Schweizer Teams, das das Minimalziel von drei Medaillen erreicht: Patrick Küng holt Gold und der Berner Beat Feuz Bronze in der Abfahrt, Lara Gut gewinnt ebenfalls Bronze in der Abfahrt.

11. Februar: Der SC Bern gewinnt in Bern den seit 43 Jahren erstmals wieder ausgetragenen Eishockey-Cupfinal gegen Kloten. In der Meisterschaft scheidet der SCB in den Halbfinal-Playoffs gegen Davos vorzeitig aus.

24. Februar: Der Weltfussballverband Fifa entscheidet, dass die WM 2022 in Katar wegen der Hitze in der Adventszeit stattfinden wird. Die grossen Fussballligen in Europa protestieren.

9. April: Die SCL Tigers aus Langnau gewinnen das vierte Playoff-Spiel gegen die Rapperswil-Jona Lakers und steigen mit 4:1-Siegen nur zwei Jahre nach ihrem Abstieg wieder in die National League A auf.

Wissenschaft und Technik

12. November: Die Landefähre Philae vom Mutterschiff Rosetta – lanciert von der europäischen Raumfahrtbehörde mit Beteiligung der Universität Bern – landet als erste Sonde erfolgreich auf einem Kometen. Da sich die Sonde nicht richtig verankern kann, steht sie schief in einem schattigen Abgrund des Kome-

ten Tscherjumow Gerassimenko. Sie liefert noch erste Fotos und Daten, verstummt dann aber, weil ihre Sonnenkollektoren keinen Strom mehr liefern.

Was sonst noch geschah

2014 ist das wärmste Jahr, seit man Klimamesungen vornimmt. Die Temperatur lag 0,6 Grad über dem langjährigen globalen Jahresmittel von 14 Grad. In der Schweiz ist es das wärmste Jahr seit 1864. Warm waren 2014 vor allem der Frühling, Frühsommer und Herbst, nicht aber der nasse Sommer.

26. Juli: Das wieder aufgerichtete Kreuzfahrtschiff «Costa Concordia», das 2012 die Insel Giglio gerammt hatte und darauf gekippt war, wird zur Verschrottung in den Hafen Genua geschleppt.

Oktober: Die US-Firmen Apple und Facebook lösen Kritik aus, als sie ihren Mitarbeiterinnen anbieten, die Kosten für das «Social Freezing», das Einfrieren ihrer Eizellen, zu übernehmen, damit die Frauen zuerst Karriere machen und später Kinder haben können.

11. Mai: Conchita Wurst aus Österreich, transsexuelle bärtige Drag-Queen mit langen Haaren, aber eigentlich ein Mann, gewinnt in Kopenhagen den Eurovision Song Contest ESC.

8. Juli: Die Rettungsflugwacht Rega reicht Strafanzeige gegen unbekannt ein, weil die Krankenakte des beim Skifahren verunglückten Autorennfahrers Michael Schumacher entwendet worden ist. Am 6. August erhängt sich ein Kadermitglied der Rega in Zürich in der Untersuchungshaft. Der Mann steht unter dringendem Verdacht, die Krankenakte kopiert zu haben.

9. September: Apple-Chef Tim Cook präsentiert die neue smarte Apple Watch. Ende September kommen das grosse und flache iPhone 6 und iPhone 6plus in den Handel.